P23-001 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand KV CW)

Änderungsantrag zu P23

In Zeile 1 einfügen:
TTIP und, CETA und TISA stoppen!

Begründung

TISA (Trade in Services Agreement) wird seit 2013 von 24 WTO-Mitglieder – inkl. EU und USA – verhandelt und umfasst damit 70% des Welthandels mit Dienstleistungen. Es ergänzt das TTIP- und CETA-Abkommen. Dienstleistungen sollen von „Handelshemmnissen" befreit werden. Manche nennen TISA den "böseren Bruder von TTIP und CETA".

TISA betrifft den Umwelt- und Verbraucherschutz, Sozialstandards, den digitalen Handel, Telekommunikation und Transport sowie Öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie Gesundheits-, Wasser-, Energieversorgung und Bildung.

Nachdem was bisher zum Verhandlungsstand bekannt geworden ist, dürften dann bei internationalen Ausschreibungen Freie oder Open-Source-Software nicht mehr (oder nur sehr eingeschränkt) als Bedingung für Dienstleistungen im Zusammenhang mit dieser Software gemacht werden. Die Einsicht in Quellcodes, um Trojaner/Malware identifizieren zu können, würden dadurch erschwert. Auch besteht die Gefahr, dass dadurch persönliche Daten, die im Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Dienstleistung stehen, in Drittstaaten übertragen werden, in denen ein niedrigeres Schutzniveau für schutzwürdige Daten besteht.

Eine weitere Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen wie der Daseinsvorsorge soll begünstigt werden. Immer mehr Kommunen versuchen Privatisierungen rückgängig zu machen und ihre Unternehmen wieder zurückzukaufen (Rekommunalisierung). Mit TISA sollen Regelungen festgelegt werden, wonach einmal erfolgte Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können: Mit Inkrafttreten des Abkommens soll eine sog. „Stillstands-Klausel" den aktuellen Stand der Liberalisierung festschreiben. Dienstleistungen, die in Zukunft privatisiert werden, würden automatisch Vertragsbestandteil und dürften ebenfalls nicht wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden – dies soll eine sogenannte „Sperrklinken-Klausel" verbieten.

Nichts davon muss letztlich im Abkommen stehen, noch wird verhandelt. Aber hinter verschlossenen Türen. Umso wichtiger ist, auch diesem Handelsabkommen Aufmerksamkeit zu schenken, von der EU Informationen einzufordern und Zwischenstände kritisch zu prüfen.

Unterstützer*innen

Dr. Hartwig Berger (LAG Umwelt); Dr. Christiane Fry (KV CW)